



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/244 - 21.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Frankreich und der EVG-Vertrag	S. 1
Stevenson und die Dreieinigkeit (Glosse)	S. 3
Der unaufrichtige Herr von Brentano	S. 4

Was geht in Frankreich vor ?

P.R. Was seit langem zu vermuten war, ist eingetreten - in Frankreich haben sich die Widerstände gegen den EVG-Vertrag so weit verstärkt, daß man in diesen Tagen in Paris ziemlich allgemein mit der Nichtratifizierung rechnet, es sei denn nach erheblichen Veränderungen würde ein neuer Text vorgelegt. Diese Haltung geht vor allem auf die Radikalsozialistische Partei zurück, die in der französischen Regierung eine Schlüsselstellung innehat und über deren Meinung man sich nicht einfach hinwegsetzen kann.

Die Auseinandersetzung erhält durch die Einstellung des Konservativen Pinay eine besonders interessante Note. Pinay hat zwar seine Äußerungen, kein Deutscher dürfe in den Generalstab der Europaarmee eintreten und die Deutschen hätten keine andere Aufgabe als Soldaten zu stellen, inzwischen als "Mißverständnis" dementiert. Aber man weiß, was von solchen Dementis zu halten ist - das Wort ist zweifellos im Sinne des zitierten Satzes gefallen. Damit entfernt sich der französische Ministerpräsident - vom Außenminister Schuman ist in diesen Tagen kaum die Rede - von den Prinzipien des EVG-Vertrages in einer Weise, die der Ablehnung des Vertragswerkes in seiner heutigen Form gleichkommt. (An die Verwirklichung dieser Grundsätze hatten weite Kreise in Deutschland ohnehin nie geglaubt), Gleichzeitig macht Pinay damit klar, wie die politische Führung Frankreichs oder doch so maßgebende Persönlichkeiten wie er, sich das Funktionieren des EVG-Vertrages

vorstellen.

Das Motiv für diese Haltung liegt in der Furcht Frankreichs, seine Hegemoniestellung in Europa zu verlieren, in dem Wunsch, dies zu verhindern und gleichzeitig eine Verpflichtung der übrigen Mächte der Atlantischen Gemeinschaft auf die Verteidigung Indochinas als einer Angelegenheit des gemeinsamen Interesses zu erreichen. In dem ganzen Vorgehen liegt auch eine kaum verhüllte Warnung an die Washingtoner Adresse, Frankreich nicht als Faktor von sekundärer Bedeutung zu behandeln und etwa das größere Interesse einem neu aufgerüsteten Westdeutschland der Zukunft zuzuwenden. Vielleicht hat man schließlich von deutschen Auffassungen gehört, es werde mit der Zeit ohnehin nicht bei den vorgeesehenen zwölf Divisionen bleiben, wahrscheinlich sei vielmehr eine spätere Erhöhung dieser Ziffer bis zu 60 Divisionen.

Die Kräfte in Frankreich, die gegen eine Ratifizierung des EVG-Vertrages in seiner gegenwärtigen Form sind, nehmen die gleiche Haltung aus ganz anderen, zum Teil entgegengesetzten, Motiven ein, wie andere Gegner des Vertragswerkes, etwa die deutschen Sozialdemokraten, die im Kreise ihrer näheren politischen Freunde in anderen europäischen Ländern sehr viel Verständnis für ihre Haltung finden. Aber die Tatsache einer Gegnerschaft auf so breiter Grundlage bei den beiden wichtigsten westeuropäischen Mächten sollte genügen, den ganzen Komplex noch einmal zu überprüfen.

Die internationale Situation erzwingt durchaus keine überhasteten Beschlüsse. Die Gefahr, von Beginn an auf einer politisch unsicheren, ja ausgesprochen gefährdeten Grundlage aufzubauen, wäre viel größer. Die Zwischenzeit sollte mit einem wirklich ernsthaften politischen Versuch zum Abbau und Ausgleich der weltpolitischen Spannung zwischen Ost und West benutzt werden. Schlägt er fehl, würde sich vermutlich empfehlen, auf neuer erweiterter Grundlage zu einem Akkord innerhalb des Westens zu kommen und zwar in der Erkenntnis, daß Festland-Europa ohnehin ein viel zu enger Rahmen für ein wirksames Sicherheitssystem ist.

+ + +

Stevenson und die Dreieinigkeit

p. "Aber es gibt republikanische Politiker, die meinen, Texas werde die Überraschung des 5. November sein. Da in Texas eine intensive Flüsterpropaganda gegen den der Unitarischen Kirche angehörenden Stevenson im Gange ist, der nicht an die Dreieinigkeit glaube, kann man unmöglich voraussehen, wie sich die Wähler des Staates schließlich entscheiden werden".

So las man dieser Tage in dem Bericht des sehr amerikaerfahrenen Korrespondenten einer ausländischen Zeitung von internationalem Ansehen. Man begreift es nicht, aber es muß wohl so sein. Die amerikanische Öffentlichkeit gibt also ihr politisches Votum für den neuen Präsidenten offenbar auch sehr wesentlich nach Gesichtspunkten ab, die nach abendländischen Maßstäben, vorsichtig ausgedrückt, einigermassen überholt sind - bei aller konfessionellen Gebundenheit, die auch in Europa gewiß nicht unbekannt ist. Das ist zunächst verblüffend.

Man darf aber folgendes nicht vergessen: Kirche und Staat sind in den USA formell getrennt, aber die Zahl der Religionsgemeinschaften beträgt über 200 und ihr mittelbarer politischer Einfluß ist groß. Die Katholische Kirche zählt 21,5 Millionen Anhänger. Die größten protestantischen Gemeinschaften sind die Baptisten und die Methodisten mit je 9 Millionen erwachsenen Anhängern. In weitem Abstand folgen Lutheraner mit 4 Millionen, Presbyterianer mit 2,8 Millionen, Jünger Jesu, Anglikaner und Kongregationalisten mit je zwischen 1 und 2 Millionen.

Die Methodisten haben in Texas ihren Schwerpunkt, wo sie den Staat geradezu beherrschen. Eisenhower ist gläubiger Methodist. Die Frauen hätten sich nicht nur in Texas, sondern in den meisten Staaten, überwiegend Stevenson zugewandt, hieß es in den Berichten der letzten Tage, so wie das auch für die Gewerkschaften gilt. "Ike" wiederum hoffe in besonderem Maße auf die Amerikaner deutscher Abstammung. Auch der eingangs erwähnte Hinweis zeigt nur, wie sehr die Bevölkerung der USA bei der Stimmenabgabe für den einen oder anderen Präsidentschaftskandidaten nach spezifisch amerikanischen Vorstellungen gehen wird, und wie wenig man die Aussichten des Wahlkampfes nach Maßstäben der alten Welt beurteilen kann.

Wer ist unaufrichtig ?

(sp) Wenn Herr von Brentano nicht Fraktionsvorsitzender der CDU wäre, könnten wir seine Frankfurter Äußerungen ignorieren. Aber Herr von Brentano ist nun einmal der Fraktionsvorsitzende der Partei, die, zusammen mit ihrem Chef, Diffamierungen des politischen Gegners an die Stelle eines eigenen Programms zu setzen beginnt. Brentano hat, laut einer UP-Meldung in der "Welt" vom 21. Oktober und einem ergänzenden Eigenbericht in der "Neuen Zeitung" erklärt, das Bekenntnis der SPD zum europäischen Zusammenschluß sei ein Lippenbekenntnis, es sei "unehrenhaft" und "unehrlich". Dann wörtlich: "Ein Lippenbekenntnis zur europäischen Zusammenarbeit unter Bedingungen, die unerfüllbar sind, ist unaufrichtig". Andere Sätze der Erklärungen Brentanos liegen auf der gleichen Linie, auf der sich bereits Dr. Adenauer auf dem "Parteitag der unbegründeten Hoffnungen" in Berlin bewegte, als er sagte: "...Und meine Freunde, ungewollt, schiebt deswegen die Opposition mit dieser negativen Kritik den Zeitpunkt der Wiedervereinigung hinaus".

Adenauer mag mit seinen Worten versucht haben, die Tatsache zu verdecken, daß seine Verträge die deutsche Wiedervereinigung in Frieden ausschließen (oder, wo ist die Antwort auf die Frage, wie es mit den Verträgen noch in Frieden Deutschlands Einheit gibt?). Aber daß er nun der Partei, die nicht bereit ist, Ostdeutschland auf unabsehbare Zeit abzuschreiben, und nicht gewillt ist, auf die deutschen Rechte an der Saar zu verzichten, vorwirft, sie schiebe die Wiedervereinigung hinaus, ist, selbst bei dem gegenwärtigen Bundeskanzler, ein starkes Stück. Und wenn nun noch der CDU-Fraktionsvorsitzende die Behauptung aufstellt, das Bekenntnis der SPD zu einer den Zusammenschluß ganz Europas anstrebenden Politik sei unaufrichtig, weil es an "unerfüllbare Bedingungen" geknüpft sei, so muß Herrn von Brentano gesagt werden, daß die Bereitschaft seiner politischen Freunde zum Verzicht auf unabdingbare Forderungen nach der deutschen Gleichberechtigung, nach der Gründung einer echten europäischen Gemeinschaft und nach einer Politik, für die unsere Einheit nicht nur das letzte, sondern das

erste Ziel ist, ihm jedes Gefühl dafür genommen hat, welche Bedingungen erfüllbar sind und welche nicht.

Es ist "unehrenhaft" auf Bedingungen zu verzichten, ohne deren Erfüllung es keine deutsche Einheit und keine europäische Gemeinschaft gleichberechtigter geben wird. Es ist "unehrlich", von Europa zu sprechen, wenn man nur eine Allianz von sechs Staaten meint, deren politische Konstruktion weder die Rechte der Gleichberechtigung noch die der parlamentarischen Demokratie kennt. Es ist reine Demagogie und ein weiterer Versuch zur politischen Brunnenvergiftung, wenn Herr von Brentano der Partei die etwas anderes, als die gekennzeichneten Verzichte und die EVG-Allianz will, die Lauterkeit ihrer politischen Haltung bestreitet.

+ + +

Gegen ein Europäisches Jugendparlament

Zum Europäischen Jugendparlament, das sich am 26. Oktober in Den Haag konstituieren wird, unterstrich der Zentralausschuß der Jungsozialisten auf seiner kürzlichen Tagung in Osnabrück seine ablehnende Haltung, die sich mit der des "Ringes politischer Jugend" deckt. Die Jungsozialisten sind nach wie vor der Auffassung, daß die finanziellen Aufwendungen für diese Institutionen in keinem Verhältnis zu ihrem effektiven Nutzen stehen. Eine kostspielige Neuauflage des Straßburger Rates auf dem Jugendsektor birgt im Gegenteil durch die zu erwartende gleiche Erfolglosigkeit die Gefahr einer Schädigung des Europagedankens in sich. Trotz dieser Bedenken beschloß der Zentralausschuß die Teilnahme der Jungsozialisten am Haager Jugendparlament, um dort ihre Haltung zur europäischen Problematik zum Ausdruck zu bringen und zu versuchen, der Arbeit dieses Parlamentes durch die Einführung auf konkrete jugendpolitische Aufgaben in europäischem Sinne eine positivere Zielsetzung zu geben. Die Jungsozialisten Deutschlands werden in Den Haag durch den Zentralsekretär Werner Buchstaller-Bonn, den Auslandsreferenten Heinz Pöhler-M. Gladbach, sowie durch die Zentralausschuß-Mitglieder Jockl Fuch-Mainz und Klaus Schütz-Berlin vertreten sein.

Nach einem Beschluß des Zentralausschusses wird in Kürze eine Konferenz einberufen, die sich eingehend mit den Problemen der Jugend in der Sowjetzone in Zusammenhang mit dem dort eingeführten Zwangsarbeitsdienst und den "Werbungsmaßnahmen" zur Volkspolizei befassen soll. An dieser Tagung werden illegal die Vertrauensleute der Jungsozialisten aus der sowjetischen Besatzungszone teilnehmen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau